

ANTRAG

**auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Abfallwirtschaft
(Förderrichtlinie Umweltschutz, Fördergegenstände 2.1.1 und 2.1.2)**

Investitionsbank
des Landes Brandenburg
Landwirtschaft und Umwelt
Steinstraße 104 - 106
14480 Potsdam

Eingangsstempel

1 Allgemeine Angaben/Antragsteller

Kurztitel des Vorhabens		
Name/Firma/Projekträger		
vertretungsberechtigte Person (Name, Funktion)	(Telefon)	(e-Mail-Adresse)
weiterer Ansprechpartner (Name, Funktion)	(Telefon)	(e-Mail-Adresse)
Anschrift - Straße/Haus-Nr./Postfach	PLZ/Ort	Tel./Fax (mit Vorwahl)
Investitionsort: Straße/Haus-Nr./Postfach	PLZ/Ort	Tel./Fax (mit Vorwahl)
Investitionsort: Flurstück-Nr.	Flur-Nr.	Gemarkung
Rechtsform	Branche	

Bankverbindung IBAN: _____

BIC: _____

Kreditinstitut: _____

Kontoinhaber: _____

Hinweis: - Soweit der Platz im Formular nicht ausreicht, bitte gesondertes Blatt verwenden.
- Der Antrag ist nur auf dem rechtsverbindlich unterschriebenen Formular in Papierform einzureichen.

2 Maßnahme

a) Beantragte Maßnahme gemäß der Förderrichtlinie Umweltschutz (siehe dazu Punkt 2.1 der Richtlinie)

(Zutreffende Nummer bitte ankreuzen)

- Nr. 2.1.1 Maßnahmen zur Optimierung mechanisch-biologischer Abfallbehandlungsanlagen mit dem Ziel einer effizienteren Abtrennung verwertbarer, insbesondere heizwertreicher, Abfallbestandteile bzw. Herstellung von Ersatzbrennstoffen
- Nr. 2.1.2 Sicherungs- und Rekultivierungsmaßnahmen zum geordneten Abschluss von Altdeponien

b) Beantragte Förderung

einmaliger Zuschuss von _____ EUR

c) Durchführungszeitraum

Beginn: _____ Ende: _____

3 Gesamtkosten*

Kosten nach beiliegendem Kostenvoranschlag EUR _____ brutto/netto

davon zuwendungsfähige Kosten EUR _____ brutto/netto

davon nicht zuwendungsfähige Kosten EUR _____ brutto/netto

Bestandteile der Maßnahme (Soweit mehr als 3 Bestandteile beantragt werden, bitte gesondertes Blatt verwenden!)	Gesamtkosten in EUR	Zuwendungsfähige Kosten in EUR	beantragte Zuwendung in EUR
Bezeichnung			
1.			
2.			
3.			
Summe			

* Die Gesamtkosten sind detailliert anhand der Planungs- und Genehmigungsunterlagen aufzuschlüsseln (siehe nachfolgende Tabelle). Besteht die Berechtigung zum Vorsteuerabzug, sind die Angaben ohne Umsatzsteuer zu machen. Zutreffendes bitte unterstreichen.

4 Finanzierungsinplan

		Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) in EUR			
		20..	20..	20.. u. folg.	Summe
4.1	Eigenanteil				
4.2	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung) ¹				
4.3	Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung anderer Zuwendungs- geber (ohne 4.4) ²				
4.4	Beantragte Zuwendung über Richtlinie Umwelt- schutz				
4.5	Summe				

Bemerkungen:

^{1/2} Bitte Erläuterungen geben, um welche Leistungen es sich handelt.
u1990489 – 18.02.2014
Antrag Abfallwirtschaft

5 Begründung

5.1 Projektangaben, Notwendigkeit der Maßnahme

(u. a.: ausführliche Vorhabensbeschreibung mit Erläuterungsbericht und Plänen, Ziel, Umwelteffekte, alternative Möglichkeiten, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Zusammenhang mit Maßnahmen aus vorhergehenden oder in folgenden Jahren, erteilte Anordnungen oder Genehmigungen, etc.)

ggf. gesondertes Blatt nutzen

5.2 Standort- und Betreiberangaben

(u. a.: Betreiber/Eigentümer, Eigentumsverhältnisse, Standort, etc.)

zusätzlich bei Deponien:

Ablagerungszeitraum, Ablagerungsvolumen, Art der abgelagerten Abfälle und deren Anteil an der Gesamtablagerung, Lage der Altdeponie, geologisch-hydrogeologische Standortverhältnisse, Einschätzung des Gefährdungspotenzials, Beschreibung bereits erfolgter Sicherungsmaßnahmen, Darstellung der vorhandenen Überwachungseinrichtungen bzw. -maßnahmen (z. B. GW-Überwachung)

zusätzlich bei mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen:

Beschreibung des Verfahrens, Anlagenkapazität, eingesetzte Abfälle, Stoffflussdarstellung)

ggf. gesondertes Blatt nutzen

5.3 Notwendigkeit der Förderung/Bestätigung über den sparsamen und wirtschaftlichen Einsatz der beantragten Fördermittel und über die Angemessenheit der Kosten

(u. a. Landesinteresse der Maßnahme, Finanzlage des Antragstellers, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten, Angemessenheit der Kosten ggf. mit Variantenvergleich, etc.)

ggf. gesondertes Blatt nutzen

6 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(u. a. Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, etc.)

ggf. gesondertes Blatt nutzen

7 Erklärungen

- 7.1 Ich/Wir bestätige(n), die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Antragsformular und in den Anlagen gemachten Angaben.
- 7.2 Ich/Wir bestätige(n), dass die Richtlinie des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Abfallwirtschaft, des Immissions- und Klimaschutzes (Förderrichtlinie Umweltschutz) vom 18. Juni 2008 anerkannt wird.
- 7.3 Ich/Wir bestätige(n), dass mit der zu fördernden Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Mir/Uns ist bekannt, dass als Maßnahmebeginn der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten ist (Planung, Baugrunduntersuchungen, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks gelten nicht als Beginn des Vorhabens).
- 7.4 Ich/Wir bestätige(n), dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist.
- 7.5 Ich/Wir bestätigen, dass für die Fläche, auf der die beantragte Maßnahme durchgeführt wird, kein Antrag auf Haftungsfreistellung gestellt ist bzw. dass ein gestellter Antrag bestandskräftig abgelehnt ist.
- 7.6 Mir/Uns ist bekannt, dass die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe des wirtschaftlichen und sparsamen Mitteleinsatzes (vgl. entsprechende Auflage unter Nr. 1.1 der ANBest-P/ANBest-G) erfolgt. Aufträge sind nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben.
- Mir/Uns ist bekannt, dass im Rahmen der Durchführung der Maßnahme die einschlägigen Vorschriften des Vergaberechts gemäß Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G sowohl für bereits vor Antragstellung vergebene Aufträge als auch für zukünftige Aufträge einzuhalten sind, sofern die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 50.000,00 EUR beträgt.
- Unabhängig von der Zuwendungshöhe sind öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) abweichend von Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G zur Einhaltung des Vergaberechts verpflichtet.
- Insbesondere ist mir/uns bekannt, dass Verstöße gegen das Vergaberecht eine Kürzung der Zuwendung zwischen 25 % und 100 % zur Folge haben können.
- 7.7 Ich/Wir bestätige(n), dass ich/wir zum Vorsteuerabzug (Zutreffendes bitte ankreuzen)
- nicht berechtigt bin/sind.
- berechtigt bin/sind und dies bei den Angaben berücksichtigt habe(n) (Preis ohne Umsatzsteuer).
- 7.8 Ich/Wir bestätige(n), dass keine weitere Förderung aus Mitteln der Strukturfonds (Europäischer Sozialfonds -ESF- und Europäischer Fonds für regionale Entwicklung -EFRE-) der Europäischen Union (u. a. aus dem Operationellen Programm des Bundes für den Europäischen Sozialfonds Förderperiode 2007-2013, dem Operationellen Programm Verkehr-EFRE-Bund 2007-2013 bzw. dem Operationellen Programm des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007-2013) oder dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für den genannten Zuwendungszweck erfolgt.

- 7.9 Mir/Uns ist bekannt, dass die Zuwendung eine Subvention im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches und des Brandenburgischen Subventionsgesetzes vom 11. November 1996 (GVBl. Bbg. I, Nr. 24, S. 306) in Verbindung mit den §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahmen von Subventionen (Subventionsgesetz) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I, Nr. 93, S. 2037) ist.
- 7.10 Mir/Uns ist bekannt, dass alle Angaben des Antrages, der sonstigen beigefügten oder noch auf Anforderungen beizubringenden Unterlagen sowie die Grundlagen des Zuwendungsbescheides und der noch abzuschließenden Verträge, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils abhängig sind, subventionserheblich im Sinne dieser Vorschrift sind. Dies gilt auch für die zu führenden Verwendungsnachweise und die Mittelabrufe.
- 7.11 Mir/Uns ist bekannt, dass die folgenden in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:
- Angaben zu:
- a) Antragsteller (Ziffer 1)
 - b) Branche (Ziffer 1)
 - c) Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 1)
 - d) Investitionsort (Ziffer 1 und 5.2)
 - e) Angaben zum Investitionsort, soweit sie als Tatsachen bereits sicher feststehen (Ziffer 1, 5.2 und 7.5)
 - f) Eigentumsverhältnisse (Ziffer 5.2)
 - g) Beginn des Vorhabens (Ziffer 7.3)
 - h) anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (4.3 und 7.8)
- 7.12 Mir/Uns ist bekannt, dass nicht nur die Mitteilung dieser Angaben subventionserheblich ist, sondern auch das Unterlassen von Angaben, von Mitteilungen über Änderungen zum Antrag und im Bewilligungsverfahren sowie von Mitteilungen zum Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung. Gemäß § 3 Subventionsgesetz werde(n) ich/wir gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg unverzüglich sämtliche eintretenden Änderungen zu den vorstehend bezeichneten Tatsachen bzw. das Eintreten dieser Tatsachen mitteilen. Auch das Unterlassen von Mitteilungen über Änderungen zu diesen Tatsachen ist subventionserheblich.
- 7.13 Mir/Uns ist bekannt, dass subventionserhebliche Tatsachen ferner solche sind, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).
- 7.14 Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die Verordnung (EG) 1083/06 des Rates vom 11. Juli 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 210/25 vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 210/1 vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 45/3 vom 15. Februar 2007) Anwendung findet.

- 7.15 Mir/Uns ist bekannt, dass die Regeln für die Förderfähigkeit der Ausgaben werden bis auf die in den EU-Verordnungen der einzelnen Fonds vorgesehenen Ausnahmen auf nationaler Ebene festgelegt werden. Sie umfassen die Gesamtheit der Ausgaben, die im Rahmen eines Operationellen Programms geltend gemacht werden (vgl. Artikel 56 Verordnung (EG) Nr. 1083/2006).
- 7.16 Mir/Uns ist bekannt, dass unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren, wobei sie auch Vorhaben im Rahmen des operationellen Programms prüfen können.
- 7.17 Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um ein Einnahmen schaffendes Projekt im Sinne von Artikel 55 der VO (EG) Nr. 1083/2006.*

ja

nein

wenn ja und Gesamtausgaben > 1 Mio. EUR:

Die erwarteten Einnahmen des Projektes sind zu schätzen und der ILB mit Antragstellung anhand der **beigefügten Formulare** mitzuteilen. Die der Schätzung zugrunde liegenden Annahmen sind zu erläutern und ggf. durch ergänzende Unterlagen zu unterlegen.

8 **Einwilligung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung/ Einverständniserklärung**

Ich/Wir willige(n) ein, dass die ILB die für die Beantragung, Bewilligung und Verwaltung der Zuwendung benötigten Daten auf der Grundlage des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes verarbeiten, d. h. insbesondere erheben, speichern und verändern darf. Die Einwilligung gilt auch für die Übermittlung der Daten, einschließlich der Entscheidung und der Entscheidungsgründe, an alle an der Bewilligung, fachlichen Beurteilung, Auszahlung und Verwaltung der Zuwendung beteiligten Stellen, insbesondere das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, und die Verarbeitung der übermittelten Daten durch diese Stellen.

Mit seinem/ihrem Antrag erklärt der/die Zuwendungsempfänger(in) sich damit einverstanden, dass Daten an die Europäische Kommission und/oder die mit Evaluierungen beauftragten Institute weitergeben werden können.

* Nach Artikel 55 der VO (EG) Nr. 1083/2006 sind Einnahmen schaffende Projekte im Sinne der Verordnung

- Vorhaben, die Investitionen in Infrastrukturen betreffen, für deren Nutzung direkte Abgaben erhoben werden,
 - Vorhaben, die den Verkauf oder die Verpachtung bzw. Vermietung von Grundstücken oder Gebäuden gegen Entgelt betreffen
 - sowie andere Vorhaben, die jede andere Erbringung von Dienstleistungen gegen Entgelt betreffen.
- Nicht betroffen sind Vorhaben, die den Regeln für staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 107 des AEUV des EG-Vertrags unterliegen.

Im Falle der Bewilligung erkläre(n) ich mich/wir uns damit einverstanden, dass folgende Daten entsprechend Artikel 7, Absatz 2, lit d) der Verordnung (EG) 1828/2006 veröffentlicht werden:

- Name des Begünstigten,
- Bezeichnung des Vorhabens,
- Betrag der bereitgestellten öffentlichen Mittel

(ABl. EU Nr. L 45/3 vom 15.02.2007)

Ich/Wir willige(n) ein, dass die ILB, das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und die EFRE-Verwaltungsbehörden berechtigt sind, über das Fördervorhaben Presse- und sonstige Veröffentlichungen herauszugeben.

Ich bin/Wir sind darauf hingewiesen worden, dass ich/wir die Möglichkeit habe(n), die Einwilligung zu verweigern oder jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, mit der Folge, dass eine weitere Antragsbearbeitung dann nicht möglich ist.

(Siegel/Stempel)

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers
oder der nach den gesetzlichen Bestimmungen (Statuten)
zur Vertretung des Antragstellers berechtigten Person

Anlagen

mit dem Antrag einzureichende Unterlagen - sofern relevant - (Zutreffendes bitte ankreuzen):

Hinweis: Die Auflistung ist nicht abschließend. Es können weitere Unterlagen zur Entscheidungsfindung verlangt werden.

(☒ sind beigelegt)

- Nachweise zur Gesamtfinanzierung
 - Bescheide anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (Kopie)
 - Leistungen Dritter (Kopie)
 - Erklärung über die gesicherte Gesamtfinanzierung (Original)
- Genehmigungen
 - Abfallrechtliche Anordnung bzw. Genehmigung nach § 31 bzw. 36 KrW/AbfG (Kopie)
 - Immissionsschutzrechtliche Genehmigung nach BImSchG
 - Baugenehmigung (Kopie)
 - Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonstigen erforderlichen Genehmigungen (wenn noch keine vorhanden)
- Eigentumsnachweis
 - Grundbuchauszug (nicht älter als 3 Monate) (Kopie)
 - Auszug aus der Flur-/Liegenschaftskarte (Kopie)
 - Entwürfe Verträge (sofern vorhanden, bitte benennen)
 -
 -
- Planungsunterlagen
- Genehmigungsunterlagen
- detaillierte Untersetzung der Kosten anhand der Planungs- bzw. Genehmigungsunterlagen
- Bauzeitenplan
- Überwachungs- und Qualitätssicherungskonzept
- Formular zum Einnahme schaffenden Projekt

Sofern weitere Unterlagen dem Antrag beigelegt werden, sind diese in die nachstehenden Felder einzutragen:

- _____
- _____
- _____
- _____
- _____

weitere Bemerkungen: